



# Presseinformation

An die Vertreterinnen und Vertreter  
der Medien

Wiesbaden, 11. März 2022

## **Neue Forschungsstelle „Extremismusresilienz“: Starkes Zeichen für die Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS)**

### **Bundesweit einmalige Professur startet zum Wintersemester 2022/2023**

Wiesbaden. Auf Initiative des Hessischen Innenministers Peter Beuth haben die Koalitionsfraktionen im Hessischen Landtag beschlossen, an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) eine Forschungsstelle „Extremismusresilienz“ einzurichten. Die Ausschreibung für diese in der hessischen Hochschullandschaft einmalige Professur wird zeitnah veröffentlicht. Ab dem Wintersemester 2022/2023 soll die Forschungsstelle am Campus Mühlheim am Main ihre Arbeit aufnehmen. Ihr Auftrag wird die Erforschung von extremistischen Einstellungen innerhalb von Polizei und öffentlicher Verwaltung und damit verbunden insbesondere die Entwicklung präventiver Ansätze und Maßnahmen zur politischen

Bildung sein. Sie wird Bildungsangebote in den wichtigen Themenfeldern Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt erforschen und evaluieren. Somit soll ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, der neben der Erforschung von extremistischen Einstellungen und spezifischen Sozialisationseffekten im öffentlichen Dienst insbesondere auch die Entwicklung präventiver Ansätze und Maßnahmen zur Demokratiebildung enthalten wird.

„Extremisten haben im Staatsdienst nichts zu suchen. Neben der konsequenten Anwendung des Straf- und Disziplinarrechts sowie gezielter Prävention werden wir mit der neuen Forschungsstelle die wissenschaftliche Expertise des Landes weiter stärken. Wir wollen wissen, welche Formen des Extremismus im öffentlichen Dienst feststellbar sind und wie wir unsere Beschäftigten noch widerstandsfähiger gegen radikale Einstellungen machen können. Ein Schlüsselement werden dabei qualifizierte Befragungen von Polizeibeschäftigten aber auch anderen Behördenmitarbeitern in unserem Land sein. Die neue Professur an der HöMS ist eine wichtige Ergänzung des Landes zu den wertvollen Empfehlungen der Experten-Kommission. Die Hessische Landesregierung begegnet Extremismus bereits mit einem breit gefächerten Präventionsangebot. Im Jahr 2022 sind für die Extremismus-Präventionsarbeit zusammen mit den Bundesmitteln 10,2 Millionen Euro eingeplant“, so der **Hessische Innenminister Peter Beuth**.

Der Hochschule wurden zur Umsetzung des Vorhabens für den Haushalt 2022 durch einen Änderungsantrag der beiden Koalitionsfraktionen drei neue Stellen zugewiesen, darunter eine Professur, die als Forschungsprofessur zur Besetzung ausgeschrieben wird. Dadurch wird der hohe Stellenwert dieses gesellschaftspolitisch bedeutsamen Themas deutlich und die Hochschule insgesamt weiter gestärkt. Die HöMS ist die zentrale Hochschule des Landes Hessen für Polizei und Verwaltung und die richtige Einrichtung für diese wichtige Aufgabe.

Die Entwicklung einer kollektiven Kultur des Hinsehens erfordert zum einen eine konsequente Forschung zu Faktoren, die das individuelle aktive Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates sowie für eine demokratische Zivilgesellschaft fördern oder hindern, und zum anderen einen ganzheitlichen Ansatz in der politischen Bildung und Begleitung, der das institutionelle

Wissen befördert. Ganzheitlich gehört dazu der Erwerb und Erhalt persönlicher und sozialer Kompetenzen beginnend mit der Aus- und Fortbildung über die berufliche Sozialisation bis hin zur praktischen Begleitung. Festzustellen ist, dass Bildungsmaßnahmen ebenso wie die isolierte Betrachtung einzelner Abschnitte des Berufslebens zu kurz greifen, da eine reflektierte und selbstkritische Haltung sowie eine demokratische Resilienz nur in einem fortgesetzten Prozess nachhaltig entwickelt werden können. Anwendungsorientiert sollen Forschungsergebnisse in die Lehre der an der HöMS angebotenen Bachelorstudiengänge (Schutzpolizei; Kriminalpolizei/Cyber-Crime; „Public Administration“; „Digitale Verwaltung“) und Masterstudiengänge (Public Management; Polizeimanagement) eingebracht werden. Zudem sollen Umsetzungsmöglichkeiten im Sinne einer Stärkung demokratischer Einstellungen bei Beschäftigten in Polizei und öffentlicher Verwaltung entwickelt werden. Diese Transferleistung ist dabei in vorhandene Aus- und Fortbildungsangebote und -strukturen innerhalb und außerhalb der Hochschule zu integrieren. Weiterhin soll eine Vernetzung mit nationalen und internationalen Institutionen erfolgen.

„Mit der Forschungsstelle ‚Extremismusresilienz‘ werden wir dafür sorgen, dass Erkenntnisse aus Forschung, Lehre, Fortbildung und Praxis eng miteinander verzahnt werden. Dies ist an der HöMS optimal abzubilden. Dazu gehören insbesondere die Analyse von Möglichkeiten zum Abbau extremistischer Einstellungen, die Identifikation von Resilienzfaktoren, der Zusammenhang mit neuen Kommunikationsformen sowie die Weiterentwicklung methodischer Ansätze innerhalb der Extremismusforschung. Die Ergebnisse dienen unmittelbar dazu, Bildungs- und Begleitangebote daran auszurichten, aufeinander abzustimmen und in einer Bildungslinie, die von der Einstellung bis zur Ruhestandsversetzung reicht, zusammenzuführen. Auch können wir damit unseren Beitrag leisten, den Anregungen und Empfehlungen des Abschlussberichts der Expertenkommission ‚Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft‘ Rechnung zu tragen“, so der **kommisarisches Präsident der HöMS Dr. Walter Seubert**.

Anlage: Ausschreibung der Forschungsprofessur